Dresdner ADGB-Versammlung bewies:

SPD-Arbeiter für die UdSSR!

Vortrag Dr. Feilers über den Fünfjahrplan / Lernt aus dieser Versammlung Verbesserung der innergewerkschaftlichen Arbeit
Heran an die SPD-Arbeiter zum Großwerbetag für Partei und Presse am 28. Juni!

Dr. Feiler, der Wirtschaftsredakteur der „Frankfurter Zeitung", sprach am Mittwoch in einer Funktionärversammlung des ADGB über den Fünfjahrplan der Sowjetunion. Der Kongreßsaal des Volkshauses war überfüllt und mit großem Interesse wurde der Vortrag entgegengenommen.

Feiler behandelte das Problem wie folgt: „Der Fünfjahrplan gelingt! Er gelingt nicht!" Der bürgerliche Wissenschaftler, der bei den konkreten Angaben das gewaltige Wachstum der Industrie und der Landwirtschaft in der Sowjetunion anschaulich aufzeigte, steht aber nicht den dialektischen Prozeß. Er behauptet, daß diese Erfolge erkauft sind mit außerordentlichen Entbehrungen der Arbeiter. Er geht offensichtlich aus von dem Gesichtspunkt aller Bulgär-Marxisten, daß die Revolution ein einmaliger Akt und nicht ein Prozeß ist, im Verlauf dessen alle gesellschaftlichen Widersprüche überwunden werden. Bei den verschiedentlichsten Versuchen Feilers, die kapitalistische Welt als die bessere hinzustellen, stieß er in dieser fast ausschließlich aus sozialdemokratischen Funktionären sich zusammensetzenden Versammlung auf Widerspruch. Das zeigt, daß die sozialdemokratischen Arbeiter trotz aller antibolschewistischen Hetze der SPD-Presse durch das gewaltige Geschehen des sozialistischen Aufbaues überzeugt sind, **in der Sowjetunion geht es vorwärts, die Arbeiter im Sowjetland marschieren zum Sozialismus.**

Dieser Stimmung der SPD-Arbeiter gab auch der Betriebsratsvorsitzende Teuber von Seidel u. Naumann, Ausdruck, der sich dadurch gezwungen sah, einmal sehr „links" zu reden, als er erklärte: **„Es geht nicht an, daß die russischen Machthaber, die ehrlich für den Sozialismus kämpfen, in unseren Reihen beschmutzt werden. Wir haben alle Veranlassung, sie in ihrem Bestreben zu unterstützen, der Sieg des Sozialismus liegt in unserem Interesse. Die Opfer der russischen Arbeiter führen zum Sieg, während die Arbeiter in Deutschland sich ohne Hoffnung auf Besserung der Lage für den Kapitalismus immer größere Entbehrungen auferlegen müssen.**

Auch die Fragen einiger anderer Kollegen an den Referenten drehten sich darum, wie ist die wirkliche Lage der Arbeiter in der Sowjetunion. Ein ZdA-Funktionär stellte die Frage und wurde von der Versammlungsleitung brüsk abgewiesen mit der Erklärung, das hat doch bereits der Referent gesagt, die Produktion wurde um 45 Prozent gesteigert und die Löhne der Arbeiter „nur" um 6 Prozent erhöht. Das in Deutschland Löhne und Gehälter gesenkt werden, scheint nicht erwähnenswert. Hier zeigte sich die Nervosität der Gewerkschaftsbürokratie, die das wachsende Interesse der sozialdemokratischen Arbeiter und Angestellten für die Sowjetmacht fürchtet, wie der Teufel das Weihwasser. **Entsetzen packt die SPD-Führer, daß ihre Anhängerschaft durch eigene Erfahrungen in der Youngrepublik immer offener und entschiedener für den Kommunismus Partei nimmt, weil sie erkennt: Nur unter dem Sowjetbanner ist der Sieg möglich!**

Noch unangenehmer war die Versammlungsleitung berührt, als schließlich ein Kommunist erklärte, es sei für jeden Gewerkschaftler notwendig, diese Frage **vom Standpunkt des Marxismus zu diskutieren und zu lösen.** Für jeden Arbeiter und seine Stellung zum herrschenden Regime ist doch entscheidend, ob sich seine materielle Lage bessert. Das ist zweifelsohne in der Sowjetunion der Fall, wo die Arbeiter nicht nur einen höheren Nominallohn, sondern auch große sozialpolitische Errungenschaften geschaffen haben.

Im Schlußwort versuchte nunmehr Feiler, seine Steckte in bezug auf das Gelingen des Fünfjahrplanes nochmals zu bekräftigen. Er zitierte Stalin: „Entweder wir werden in 10 Jahren den Sozialismus verwirklicht haben, oder geschlagen sein." Natürlich ist Feiler nicht in der Lage, die gewaltigen revolutionären Kräfte im Weltmaßstab in Beziehung zu bringen zu dem sozialistischen Aufbau in der Sowjetunion. Interessant war, daß er die Stellung der Rechtsopposition, „nicht so agressiv auf der Durchführung des Fünfjahrplanes zu bestehen, doch lieber zwei Jahre länger das Ziel hinauszusetzen, um den Schwierigkeiten aus dem Wege zu gehen", als die „richtige" bezeichnete.

Aufgabe der Kommunisten und der revolutionären Arbeiter ist es, das zeigte diese Versammlung ganz klar, durch **entschiedene revolutionäre Fraktionsarbeit in den Gewerkschaften, durch kameradschaftliche Diskussion mit den sozialdemokratischen Kollegen, sie nicht nur gefühlsmäßig, sondern bewußt und aktiv in die revolutionäre Kampffront für den Sozialismus einzubeziehen.** Mit Recht betont das Vollzugsbüro der RGO in einem Schreiben an die RGO zur Verstärkung der Fraktionsarbeit in den reformistischen Verbänden:

Wir müssen um jeden Arbeiter kämpfen, wo er sich auch befindet, welcher Organisation er auch angehören möge, ganz besonders zähe muß der Kampf dann sein, wenn es sich um Millionen von Arbeitern handelt.

Die Festigung und Entfaltung der RGO darf keineswegs unserer Arbeit in den reformistischen Gewerkschaften entgegengesetzt werden. Das eine wie das andere ist notwendig.

Betriebsrätevollversammlung,
am Montag, dem 29. Juni 1931, 20 Uhr, im Keglerheim, Dresden, Friedrichstraße

Tagesordnung:

1. *Notverordnung, Sachsenetat und Dresdner Haushaltplan*
   Referenten:
   Gen. B. Siegel, MdL. und M. Schneider, Stadtverordneter
2. Freie Aussprache und Beschlußfassung

Massenentlassungen trotz 36-Std.-Woche

Der Arbeiterschaft ist es noch in guter Erinnerung, wie wirksam die Kurzarbeit in den Harburger Oelwerken Brinkmann und Mergell als Mittel zur Eindämmung der Arbeitslosigkeit angepriesen wurde. **Die Firma setzte die Arbeitszeit auf 36 Stunden herab, ohne jeden Lohnausgleich, so daß die Arbeiter in äußerste Not gerieten. Trotzdem wurde diese Arbeitszeitverkürzung von der sozialfaschistischen Gewerkschaftsbürokratie begeistert gepriesen und zur Nachahmung empfohlen.**

Inzwischen hat die Bürokratie des Fabrikarbeiterverbandes mit dem Industriekonzern der Oelmühlen am 12. Juni einen Tarifvertrag abgeschlossen, nach dem die Gesamtlohnsumme der Oelarbeiter um 4,25 Prozent gesenkt werden soll. In erster Linie ist eine Senkung der Akkordlöhne vorgesehen, die bis zu 15 Prozent gehen soll.

Nun will auch die Firma Brinkmann und Mergell diesen neuen Lohnabbau durchführen. Da gleichzeitig durch die neue Notverordnung für die Arbeiter ein neuer Lohnabbau eintritt, so würden für die Arbeiter so erbärmliche Hungerlöhne übrig bleiben, daß sie damit einfach nicht mehr existieren können. Deshalb setzen die Arbeiter dem neuen Lohnraub Widerstand entgegen.

Um nun den neuen Lohnraub besser durchführen zu können, fordert die Firma jetzt auf einmal, daß von der 36-Stunden-Woche zur 40-Stunden-Woche übergegangen wird und daß **ein Teil der Belegschaft entlassen werden soll.** Die Firma führt zur Begründung an, daß auch sie durch die neue Notverordnung so belastet worden sei, daß sich die 36-Stunden-Woche nicht mehr aufrecht erhalten lasse. Das ist natürlich ein großer Schwindel. Außerdem werden Nachrichten in die Presse lanciert, wonach der rote Betriebsrat für die Verlängerung der Arbeitszeit eingetreten sei. Auch das ist erlogen.

Unter Führung der RGO-Gruppe wird sich die Belegschaft sowohl gegen neuen Lohnabbau wie gegen Massenentlassungen wehren, währenddem die Bürokratie des Fabrikarbeiterverbandes alle Minen springen läßt, um zusammen mit der Firma die Verlängerung der Arbeitszeit mit dem Lohnraub durchzusetzen.

Das Harburger Beispiel ist aber für die gesamte Arbeiterschaft lehrreich. Das betrügerische Rezept der Sozialfaschisten, der Arbeitszeitverkürzung mit dem Lohnausgleich, zeigt sich in seiner Wirkungslosigkeit. Wenn sich die Arbeiter den Lohn auf diese Weise abbauen lassen, so macht das Unternehmertum sofort weitere Vorstöße auf noch größeren Lohnraub und die sozialfaschistische Gewerkschaftsbürokratie hilft dabei den Kapitalisten. Wenn es dem Unternehmer paßt, wird er auch in dem Fall Massenentlassungen vornehmen, wenn die Belegschaften sich eine Arbeitszeitverkürzung ohne Lohnausgleich aufzwingen lassen.

Deshalb, Arbeiter, kämpft überall um die 40-Stunden-Woche mit vollem Lohnausgleich. Lehnt den Schwindel der Sozialfaschisten ab, schart euch um die RGO und kämpft unter ihrer Führung gegen jeden Lohnraub.

Am 28. Juni

beteiligen sich alle RGO-Kollegen an dem GROSSWERBETAG für die Kommunistische Partei u. die Arbeiterstimme.

Helft alle mit

an der Stärkung der KPD und der Arbeiterstimme. Dadurch stärkt ihr die Klassenkraft des Proletariats!

Mühlenarbeiter, streikt gegen Lohnraub

Ueberwältigende Ablehnung des Schiedsspruches

Die Urabstimmung in den Dresdner Mühlenbetrieben über den Lohnraubschiedsspruch zeitigte in der Biemert-Mühle 90 gegen den Lohnraub, 30 für Annahme, in der Hafenmühle 105 gegen den Lohnraub und nur 5 für Annahme.

Diese überwältigende Ablehnung des Schiedsspruches ist ein Bekenntnis der Mühlenarbeiter zum Kampf. **Aufgabe der RGO ist es, in diesen Betrieben unverzüglich zur Wahl von streikenden Kampfausschüssen und zur Einleitung des Streiks zu schreiten.** Jedes weitere passive Verhalten kommt praktisch der Unterstützung der reformistischen Verräter, die glauben, die Urabstimmung zu einer Rechtfertigung ihres Verrats mißbrauchen zu können. **Der Ablehnung muß jetzt der Streik folgen. Nur so werden die Mühlenarbeiter den Lohnraub abwehren.**

Nationalsozialisten sollen Mitglied des Zimmererverbandes bleiben

(Arbeiterkorrespondenz 1430)

Am 17. Juni stellte ich dem Vorsitzenden des Zentralverbandes der Zimmerer in Dresden, Klinke, die Frage, ob die bekanntlich festgestellten Zimmerleute die bei den Nazis in der SA und SS organisiert und aktiv tätig sind, aus dem **Verband ausgeschlossen werden.** Darauf erhielt ich von Klinke die Antwort **„Das kommt gar nicht in Frage!"** Diese Stellung des sozialdemokratischen Bonzen zeigt, daß die SPD-Führer gar nicht an einen Kampf gegen den Faschismus denken. Die aktiven Mitglieder der Nazimordkolonnen werden sogar in den Gewerkschaften geduldet und so den nationalsozialistischen Arbeiterverrätern und Streikbrechern die Kameraden ausgeliefert.

Dieselben Gewerkschaftsbürokraten schließen aber Kommunisten und ehrliche revolutionäre Arbeiter zu Hunderten aus dem Zimmererverband aus. Jeder sozialdemokratische Kamerad wird zugeben, daß die reformistische Gewerkschaftsbürokratie den Faschismus **geradezu großpäppelt. Aufgabe aller klassenbewußten Zimmerer muß es sein, sich zusammenzuschließen zu einer revolutionären Fraktion, um so den Faschismus in unseren eigenen Reihen entschlossen zu bekämpfen. Wir sind überzeugt, daß alle ehrlichen SPD-Kameraden mit uns gemeinsam diesen Kampf aufnehmen werden.**

Vom Jugendamt auf die Straße geworfen

(Arbeiterkorrespondenz 1430)

Gestern Donnerstag, den 25. Juni, wollte ich, wie immer, meine Unterstützung holen. Da wurde mir gesagt, ich hätte Landwirtschaftsarbeit abgelehnt. Das ist nicht wahr. Auf dem Arbeitsnachweis wurde folgendes gesprochen: **„Wollen Sie Landwirtschaftsarbeit annehmen?"** Ich sagte: **„Die Arbeit die ich kann nehme ich an, die ich nicht kann, lehne ich ab."** Die Landwirtschaftsablehnung habe ich nicht unterschrieben. Das Jugendamt behauptet, mir wäre eine Stelle angeboten worden. Das ist Lüge. Sollte sich ein Genosse unter den Zuhörern befunden haben, so bitte ich diese, mir das zu melden: Max Fischer, Flemmingstraße 16, 2. Etage bei Hempel.

Also ich bekomme kein Geld, keine Essenmarke, keine Brotmarke, kann keine Miete bezahlen. Was tut man in so einem Falle? Man gibt Notgeld aus. Ich möchte wissen, ob sich der Sekretär und der Fürsorger Hölzer vom Jugendamt, Hauptstraße, bewußt sind, zu was ich in der Lage sein werde.

Bravo, Limbacher Textiler

Der rote Textilarbeiterverband von Limbach sandte den streikenden Textilarbeitern in Roubaix (Nordfrankr.) 100 Mark als Zeichen praktischer Solidarität im Kampfe gegen das Ausbeuterpack. Dieses leuchtende Beispiel internationaler Solidarität verdient überall Nachahmung.

Das Bienenhaus Progreß, Dresden

(Arbeiterkorrespondenz 1431)

Die Firma Progreß ist eine von den wenigen Metallbuden, die heute noch voll arbeiten. Wer diesen Betrieb kennt, muß feststellen, daß es hier wie in einem Bienenhaus zugeht. Man entläßt einfach die Arbeiter und stellt dafür neue ein, ganz wie es der Betriebsleitung beliebt.

Wie in allen anderen Buden, so versucht man auch hier die Akkordpreise für Stückarbeiten ständig abzubauen. Der Kalkulator gibt sich in seinem Fach redliche Mühe, auch seine Tätigkeit oft mit der eines Lehrlings verglichen, setzte er doch Preise fest, die selbst die Betriebsleitung nicht anerkennen konnte.

Der Meister Voigt auch der Laufbursche genannt, möchte gleichfalls seine „Unentbehrlichkeit" gern der Direktion beweisen. Auch er fühlt sich verpflichtet recht niedrige Akkordpreise festzusetzen, doch muß er feststellen, daß die Arbeit in einer Packstube mit Eisenbearbeitung nicht zu vergleichen ist. Der Betriebsleiter spielt auch immer den Wichtigen. Es wäre besser und dienlicher, wenn dieser Herr sich mehr um die Werkzeuge kümmern würde, deren Zustand grauenerregend ist. Es ist ein Skandal wie sich die Kollegen mit diesem „Werkzeug" herumquälen müssen bei dieser Antreiberei.

Wie es scheint, können diese Herren wie Betriebsleiter, Kalkulator und Meister nur ihre Stellung halten, indem sie die Löhne immer mehr drücken und durch Schmusen und Kriecherei sich bei den Chefs Liebkind machen.

Auch in hygienischer Beziehung läßt der Betrieb viel zu wünschen übrig. Die Aborträume könnte man mit den Waschräumen vergleichen. Von einer Reinigung oder einem Scheuern ist schon seit Jahren keine Rede mehr. Meldet man derartige Zustände, dann sind es die gewesen, die den Abort benutzen müssen, die ihn verunreinigt haben.

Hier wäre auch ein gutes Betätigungsfeld für den Betriebsrat. Doch wie es scheint, hört und sieht dieser SPD-Betriebsrat im Betriebe nichts. Große Angst hat er davor, daß er der Betriebsleitung wehe tun könne. Anders ist es, wenn Flugblattverteiler der RGO vorm Betrieb stehen. Sofort kann man dann die Nervosität dieser Leute feststellen, man hört dann elendes Wischblatt, Splitterorganisation und dergleichen. Aber, daß wird uns nicht abhalten, auch weiterhin in und vor dem Betrieb zu agitieren für die Eroberung eines jeden Betriebes im Zeichen des Sturmplanes der RGO.

Kollegen, erkennt auch ihr, daß nur unter Führung der RGO die Lohn- und Arbeitsbedingungen verbessert werden können, im einmütigen Kampf aller Arbeiter. Nicht durch Konzessionen, nicht durch Kuhhandeln, sondern **nur mit der Waffe des Streiks kann der Lohnraub abgewehrt werden. Erzwingt auch in eurem Betrieb Abstellung der Mißstände, kämpft für menschenwürdige Arbeitsbedingungen. Hinein in die RGO.**

Erwerbslosen-Ausschüsse im UB Dresden!

Montag, den 29. Juni 1931, findet im Büro der JAH, Poppitz 18, eine wichtige UB-Konferenz statt. Jeder Ausschuß sendet einen Vertreter.

Bezirkskomitee der RGO, Abt. Erwerbslose.